

Wie schaffen wir das?

Überlegungen zur Stärkung des lokalen bürgerschaftlichen Engagements in der Flüchtlingskrise

Unser Gemeinwesen steht aktuell vor einer besonderen Herausforderung: der Bewältigung der Aufnahme von Abertausenden Geflüchteten aus den Krisengebieten des Nahen Ostens und anderen Herkunftsländern. In zuvor nicht für möglich gehaltenem Umfang fliehen diese Menschen vor Krieg und Verfolgung sowie vor unwürdigen Zuständen in ihren Heimatregionen. Damit sind für die Geflüchteten hohe Risiken verbunden; viele sterben auf dem gefährlichen Weg zu uns. Alle aber lassen ihr bisheriges Leben hinter sich, um in unserem Land Zuflucht vor Tod und Verfolgung zu finden.

Es zeichnet Deutschland aus, dass es sich in besonderer Weise um das Schicksal dieser Menschen kümmert. Dabei kommt es nicht nur auf die Einlösung des gesetzlich garantierten Rechts auf Asyl an, sondern auch auf eine humanitäre Grundhaltung, wie sie die Bundesregierung in dieser zentralen Frage gezeigt hat. Diese Politik ist aber nicht unumstritten und muss zum Teil gegen Widerstände innerhalb des Landes und in der Staatengemeinschaft der EU durchgesetzt werden.

Ohne Zweifel sind mit der Aufnahme außergewöhnliche Belastungen, vor allem für die Kommunen, verbunden. Aber es ist bemerkenswert, wie die Bürgerinnen und Bürger selbst tatkräftig mit anpacken und versuchen die Not zu lindern, soweit es eben geht. Vielerorts haben diese ehrenamtlichen Aktivitäten dazu beigetragen auch Lücken in den Versorgungsstrukturen zu füllen, die den nicht vorhergesehenen Anforderungen zum Teil nicht gewachsen sind. Viel wichtiger noch ist aber auch hier die gezeigte Mitmenschlichkeit und Anteilnahme mit den Ankommenden. Wir können durchaus sagen: Die Zivilgesellschaft hat sich als Garant einer gelebten Willkommenskultur erwiesen.

Dies ist umso wichtiger, da auf der anderen Seite politische Diskriminierung zunimmt, die den Boden bereitet für Übergriffe auf Flüchtlingseinrichtungen und tätliche Angriffe auf einzelne Menschen. Das zivilgesellschaftliche Engagement ist somit nicht nur eine aktive Hilfe für die Betroffenen, sondern gleichzeitig ein klares Eintreten für freiheitliche und solidarische Grundwerte. Hierin sollten die Menschen bestärkt und unterstützt werden, damit sie ihre wichtigen Beiträge nachhaltig einbringen können.

Vor diesem Hintergrund sind die bislang von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen, wie die bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen zur Bewältigung der Aufgaben und auch die Bewilligung von bis zu 10.000 weiteren Plätzen im Bundesfreiwilligendienst zu begrüßen.

Aber dies allein wird nicht ausreichen, um das freiwillige Engagement der Menschen vor Ort dauerhaft zu ermöglichen. So groß die Bereitschaft der Menschen auch vielerorts ist, es mangelt doch mitunter an der notwendigen Koordination und Vernetzung der Akteure. Hier können Seniorenbüros und andere lokale Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement, wie Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationenhäuser u.a. eine wichtige Funktion einnehmen. Diese Einrichtungen haben es sich den letzten Jahrzehnten zur professionellen Aufgabe gemacht, Selbstorganisation zu stärken und solidarisches Handeln zu fördern. Durch ihren fachlich und thematisch übergreifenden Ansatz, durch ihre konzeptionelle Offenheit, ihre Basisnähe und ihre elementare Kooperations- und Netzwerkorientierung in der Praxis bieten sie hervorragende Voraussetzungen für Begegnung und Austausch, für Mitgestaltung und Partizipation. Sie können bei der wichtigen Abstimmung und Vernetzung vor Ort eine zentrale Rolle einnehmen und tun dies bereits aktuell an vielen Stellen. Diese Knowhow-Ressource könnte noch besser genutzt werden, wenn die Einrichtungen in ihrer Arbeit angemessen unterstützt werden.

Notwendig ist eine bundesweite Initiative, die direkt an den vorhandenen Erfahrungen und Kompetenzen der Seniorenbüros und der anderen engagementunterstützenden Einrichtungen ansetzt und sie befähigt, ihre koordinierende wie agierende Funktion vor Ort fachlich und personell wirkungsvoll auszufüllen. Hierbei sollten die jeweiligen Bundesverbände mit ihrer unterstützenden Netzwerkarbeit fachlich eingebunden werden. Es wird aber auch die Bereitstellung finanzieller Mittel notwendig sein. Dann kann gelingen, was sich alle gutwilligen und engagierten Bürgerinnen und Bürger wünschen: Wir schaffen das!



Franz-Ludwig Blömker, Vorsitzender



Gabriella Hinn, Geschäftsführerin

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BaS) ist der bundesweite Zusammenschluss der Träger von Seniorenbüros. Sie fördert das freiwillige Engagement insbesondere älterer Menschen, macht sich stark für die aktive Generation 50+, nimmt zu fachpolitischen Fragen Stellung und vertritt gemeinsame Interessen der Einrichtungen auf Bundesebene. Gefördert und gewährleistet werden die Fachberatung der Seniorenbüros, der Informations- und Erfahrungsaustauschs der Einrichtungen untereinander und die Zusammenarbeit im Bundesgebiet und auf europäischer Ebene. Initiiert, konzipiert und koordiniert werden innovative Projekte, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen von Seniorenbüros sowie Fachtagungen.